Niederschrift
über die 28. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am **Donnerstag, 5. November 2015, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Esther Kalveram, Vorsitzende, SPD
Judith Boczkowski, Mitglied, SPD
Barbara Bogdon, Mitglied, SPD
Carsten Höhre, Mitglied, SPD
Monika Sprafke, Mitglied, SPD
Yasemin Ince, Mitglied, B90/Grüne
Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne
Karl Schöberl, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Birgit Hengesbach-Knoop)
Norbert Hornemann, Mitglied, CDU
Bodo Schild, Mitglied, CDU
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke

Teilnehmer mit beratender Stimme
Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten (ab 17:34 Uhr/TOP 5)
Altan Tanyeri, Vertreter des Ausländerbeirates
Helmut Ernst, Vertreter des Behindertenbeirates

Magistrat
Christian Geselle, Stadtkämmerer, SPD

Schriftführung
Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Anja Lipschik, 1. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne
Donald Strube, 2. stellvertretender Vorsitzender, parteilos
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern
Manfred Aul, Vertreter des Seniorenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Michael Basse, Sozialamt

Tagesordnung:

1.	**Grenzwerte für die Miete bei Transferleistungsbezieher*innen**	101.17.1730
2.	**Angemessene Mieten und Übernahme der Kosten der Unterkunft sicherstellen**	101.17.1783
3.	**Umgang mit Mieterhöhungen im Sozialleistungsbezug**	101.17.1793
4.	**Geschäftspartner des Jobcenters Stadt Kassel sowie Art und Umfang der durchgeführten Maßnahmen**	101.17.1768
5.	**Hausärztliche Versorgung sicherstellen**	101.17.1770
6.	**Turnhalle Marbachshöhe**	101.17.1785
7.	**Übernahme von Fahrtkosten für Schüler aus armen Haushalten**	101.17.1794

Vorsitzende Kalveram eröffnet die mit der Einladung vom 29. Oktober 2015 ordnungsgemäß einberufene 28. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

Weiterhin stellt sie fest, dass
Stadtverordnete Sprafke, SPD-Fraktion,
Stadtverordnete Boczkowski, SPD-Fraktion,
Stadtverordnete Schwalm, CDU-Fraktion, sowie
Frau Herschelmann, Schriftführung
der Veröffentlichung von Film- und Tonaufnahmen ihrer Person nicht zustimmen.

1. Grenzwerte für die Miete bei Transferleistungsbezieher*innen
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1730 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Die Grenzwerte für Grundmiete und Betriebskosten wurden zuletzt 2013 angepasst. Wann ist eine erneute Anpassung an die gestiegenen Mieten vorgesehen?

2. In wie vielen Fällen hat das Jobcenter in den letzten drei Jahren Unterkunftskosten, die oberhalb der Grenzwerte liegen übernommen, da ein Umzug aufgrund erfolgloser Wohnungssuche nicht möglich war? In wie vielen Fällen war der Zeitraum länger als 6 Monate?

3. Wie viele TransferleistungsbezieherInnen wohnen laut den Grenzwerten des Jobcenters in unangemessenen Wohnungen? Bitte auch für die letzten drei Jahre und nach Haushaltsgröße aufschlüsseln.

4. Bei wie vielen Haushalten werden die Kosten der Unterkunft nicht vollständig übernommen und aus welchem Grund bzw. welchen Gründen (bitte jeweils die Anzahl der Fälle angeben auf die der entsprechende Grund zutrifft und nach Haushaltsgrößen aufschlüsseln)?

5. Wie viele Mietbescheinigungen sind in den Jahren 2011, 2012, 2013, 2014 und 2015 jeweils verschickt worden und wie hoch waren die Kosten hierfür insgesamt pro Jahr unter Berücksichtigung der für die Bearbeitung der Mietbescheinigungen entstandenen Personalkosten, der Versandkosten und der Kosten für Papier, Briefumschläge etc.?

6. In wie vielen Fällen und aus welchen Gründen haben sich durch die Angaben in den Mietbescheinigungen Kürzungen für die Leistungsbezieher ergeben?

Stadtkämmerer Geselle beantwortet die Anfrage. Nachfragen werden von ihm und Herrn Michael Basse, Sozialamt, beantwortet.

Nach Beantwortung durch Stadtkämmerer Geselle erklärt Vorsitzende Kalveram die Anfrage für erledigt.

2. Angemessene Mieten und Übernahme der Kosten der Unterkunft sicherstellen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1783 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Kassel stellt mit Hilfe der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft GWG sicher, dass es ein ausreichendes Angebot an gutem und auch für Niedrigverdiener und Sozialleistungsempfänger bezahlbarem Wohnraum gibt. Durch Ankauf, Umbau bzw. Neubau von Häusern sind zusätzliche preisgünstige Mietwohnungen zu schaffen.
2. Die Angemessenheitsgrenzen für die Wohnungen von Sozialleistungs-empfängern bemessen sich an den Preisen, die bei Neuanmietungen für durchschnittlich ausgestattete Wohnungen gezahlt werden müssen, und werden mindestens einmal jährlich der Preisentwicklung angepasst.

Stadtverordnete Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU
Enthaltung: --
Abwesend: FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Angemessene Mieten und Übernahme der Kosten der Unterkunft sicherstellen, 101.17.1783, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Sprafke

3. Umgang mit Mieterhöhungen im Sozialleistungsbezug
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1793 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Bisher hat die GWG Mieterhöhungen ohne vorangegangene Modernisierung bei Sozialleistungsempfängern nur bis zur Angemessenheitsgrenze für die Kosten der Unterkunft gefordert, um sicherzustellen, dass diesen Haushalten das Existenzminimum erhalten bleibt. Besteht diese Regelung weiterhin?
2. Wurden bzw. werden die Mieter der GWG in den Mieterhöhungsschreiben darauf hingewiesen, dass diese Regelung besteht?
3. Findet diese Regelung auch Anwendung bei Mieterhöhungen nach Modernisierungen?
4. Können sich auf diese Regelung auch Mieter berufen, die
   a) einer Mieterhöhung zugestimmt haben?
   b) der Mieterhöhung nicht ausdrücklich widersprochen haben?
5. Übernimmt das Jobcenter bzw. das Sozialamt höhere Unterkunftskosten, wenn diese dadurch zustande gekommen sind, dass die Mieter einer Mieterhöhung zugestimmt haben und die erhöhte Miete innerhalb der Angemessenheitsgrenze liegt?

6. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit das Jobcenter bzw. das Sozialamt eine erhöhte Miete übernimmt
   a) wenn die erhöhte Miete noch innerhalb der Angemessenheitsgrenze liegt?
   b) wenn die erhöhte Miete die Angemessenheitsgrenze überschreitet?
7. Inwiefern sind die bereits erfolgten und angekündigten Mieterhöhungen der GWG in 2015 bei der Berechnung zur Anpassung der Grenzwerte für die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft berücksichtigt?

Stadtkämmerer Geselle beantwortet die Anfrage sowie die Nachfragen von Stadtverordneter Kaufmann.

Nach Beantwortung durch Stadtkämmerer Geselle erklärt Vorsitzende Kalveram die Anfrage für erledigt.

4. Geschäftspartner des Jobcenters Stadt Kassel sowie Art und Umfang der durchgeführten Maßnahmen
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1768 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1) Mit welchen Partnern/Dienstleistern arbeitet das Jobcenter Stadt Kassel zusammen?
2) Welche Aufgaben übernehmen diese im Auftrag des Jobcenters?
3) Wie hoch sind die jährlichen Kosten für diese Dienstleistungen?
4) Nach welchen Kriterien wird entschieden welche Erwerbslosen an die vom Jobcenter beauftragten Dienstleister weiterverwiesen werden?
5) Warum wird bei der Vermittlung in Arbeitsgelegenheiten immer ein privater Vermittler zwischengeschaltet und wieviel Geld bekommt dieser pro Arbeitsgelegenheit?
6) In wie viele Arbeitsgelegenheiten wird jährlich vermittelt?
7) Werden die ALG II-Empfänger*innen bei Beschwerden oder Widersprüchen gegen das Vorgehen der Partner an diese verwiesen?
8) Wie beurteilt der Magistrat dieses Outsourcing rechtlich, wie politisch?
9) Wie viele Maßnahmen sind in den vergangenen 10 Jahren pro Jahr durchgeführt worden?
10) Was war der Inhalt der Maßnahmen, was das Ziel?
11) Bei wieviel Prozent der Maßnahmen handelte es sich um eine berufsspezifische Weiterbildung?

12) Bei wieviel Prozent der Maßnahmen handelte es sich um eine berufliche Erstausbildung?
13) In wie vielen Fällen ist innerhalb der ersten 8 Wochen nach Ende der Maßnahme die Vermittlung in ein reguläres unbefristetes Beschäftigungsverhältnis (also Leiharbeitsverhältnisse ausgenommen) mit einem Stundenumfang von 30 Stunden pro Woche oder mehr gelungen?
14) Wie viel Geld ist vom Jobcenter Stadt Kassel in den letzten 10 Jahren pro Jahr für Maßnahmen ausgegeben worden?
15) Unter welchen Bedingungen wird während eines Praktikums ALG II weitergezahlt?

Stadtkämmerer Geselle beantwortet die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Stadtkämmerer Geselle erklärt Vorsitzende Kalveram die Anfrage für erledigt.

5. Hausärztliche Versorgung sicherstellen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1770 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das Gesundheitsamt erarbeitet bis Herbst 2016 einen Maßnahmenkatalog, um die hausärztliche Versorgung in Kassel langfristig zu unterstützen und sicher zu stellen.
2. Dies geschieht unter Beteiligung der in der hausärztlichen Versorgung Tätigen. Dabei wird sich ebenfalls um eine Koordinierung auf regionaler Ebene bemüht.
3. Dafür stellt die Stadt dem Gesundheitsamt organisatorische und finanzielle Ressourcen bereit.
4. Über die Ergebnisse und Schritte wird der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig berichtet.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU
Enthaltung: --
Abwesend: FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Hausärztliche Versorgung sicherstellen, 101.17.1770, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Jürgens

6. Turnhalle Marbachshöhe
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1785 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. In welchen Turnhallen sind die Vereine und die Schulen, die in der Turnhalle Marbachshöhe untergebracht waren, untergekommen?

2. Welche Schulen sind mit wie vielen Stunden in welchem Schuljahr in welchen Hallen untergebracht?

3. Welche Vereine oder Schulen konnten noch nicht in anderen Turnhallen untergebracht werden?

Die schriftliche Antwort wurde den Ausschussmitgliedern mit der Einladung übersandt.

Vorsitzende Kalveram erklärt die Anfrage für erledigt.

7. Übernahme von Fahrtkosten für Schüler aus armen Haushalten
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1794 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wirkt auf das Schulverwaltungsamt ein mit dem Ziel, bei den Schülerbeförderungskosten nachfolgende Punkte im Rahmen der Ermessensausübung zu berücksichtigen:

1. Bei Schülern, die in Haushalten mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze leben, werden nach einem Umzug die Kosten für Schülerfahrkarten auch dann mindestens bis zum Ende des laufenden Schuljahres übernommen, wenn sie auf ihrer bisherigen Schule bleiben und die nächstgelegene Schule weniger als 3 km von ihrem Wohnort entfernt ist.
2. Als Haushalte mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze gelten Haushalte, die bedürftigkeitsgeprüfte Sozialleistungen beziehen oder nachweislich ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze haben. Dabei kommt die Definition der Armutsgrenze zur Anwendung, die vom Statistischen Bundesamt verwendet wird.
3. Empfänger von bedürftigkeitsgeprüften Sozialleistungen werden auf diese Kostenübernahmemöglichkeit hingewiesen, sobald die Stadt oder das Jobcenter der Stadt Kassel vom Umzug Kenntnis erhalten.

Stadtverordnete Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU
Enthaltung: --
Abwesend: FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Übernahme von Fahrtkosten für Schüler aus armen Haushalten, 101.17.1794, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Schwalm

Ende der Sitzung: 17:40 Uhr

Esther Kalveram
Vorsitzende

Andrea Herschelmann
Schriftführerin

Sportamt
- 52 -

Kassel, 6. Juli 2015
Frau Dr. Fröhlich
Tel.: 5270

Stadt Kassel - Magistrat
Dezernat III
Eing. 10. JULI 2015

Stadt Kassel - Magistrat
Dezernat IV
Eing.: 13. JULI 2015

An
-IV-
über -III-

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport sowie
Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung
Anfrage der CDU-Fraktion, Stadtverordnete Jutta Schwalm
Vorlage Nr. 101.17.1785

Turnhalle Marbachshöhe

Wir fragen den Magistrat:

1. **In welchen Turnhallen sind die Vereine und die Schulen, die in der Turnhalle Marbachshöhe untergebracht waren, untergekommen?**

Die betroffenen Schulen sowie die Talentfördergruppe (TFG) des staatlichen Schulamtes wurden wie folgt untergebracht:

- Schule Am Heideweg: Gymnastikraum und Turnhalle Wilhelmsgymnasium, Sporthalle Bad Wilhelmshöhe
- Reformschule: Turnhalle Wilhelmsgymnasium, Sporthalle Bad Wilhelmshöhe
- Freie Schule Kassel: Turnhalle Wilhelmsgymnasium, Sporthalle Bad Wilhelmshöhe
- TFG: Turnhalle Fridtjof-Nansen-Schule

Bei den Vereinen stellt sich die Ersatzunterbringung vielschichtiger dar:

Folgenden Vereinen konnte ein ganzjähriges Angebot unterbreitet werden, welches durch die Vereine angenommen wurde:

- TG Wehlheiden : Großsporthalle Auepark und Sporthalle Gabelsberg
- TSV Süsterfeld / Helleböhn: Sporthalle Bad Wilhelmshöhe
- Wintersportclub Kassel: Turnhalle Fridtjof-Nansen-Schule

Folgenden Vereinen wurden ganzjährige Alternativangebote unterbreitet, die diese nur zum Teil, noch nicht oder nicht angenommen haben:

- SV Harleshausen : Sporthalle Hegelsberg, Turnhalle Carl-Anton-Henschel-Schule angenommen
  Mönchebergschule nicht angenommen
- HSG Zwehren/Kassel: Sporthalle Hegelsberg; bisher noch nicht angenommen, reserviert bis 23. Juli 2015

...

Dem Gefäßsportverein Kassel und der Kyudo Kassel wurden jeweils ganzjährige Alternativen angeboten. Die Vereine haben sich zwischenzeitlich aufgelöst.

Darüber hinaus haben in der Sporthalle Marbachshöhe folgende Vereine mit ihren Jugendfußballmannschaften trainiert:

- FSC Dynamo Windrad
- Kasseler SV 1951
- TSG Wilhelmshöhe 1883
- VfL Kassel
- VfR Süsterfeld
- Spvgg. Olympia Kassel 1914
- SV Nordshausen

Im Zeitraum 5. Februar bis 10. April 2015 konnte lediglich der Spvgg. Olympia Kassel 1914 und dem SV Nordshausen eine Alternativen angeboten werden.

2. Welche Schulen sind mit wie vielen Stunden in welchem Schuljahr in welchen Hallen untergebracht?

Reformschule:

Halle	Schuljahr 2014/2015	Schuljahr 2015/2016
Sporthalle Bad Wilhelmshöhe	4	4
Turnhalle Wilhelmsgymnasium	2	4
Turnhalle Reformschule	48	54
Turnhalle Grundschule Kirchditmold	6	6

Schule Am Heideweg :

Halle	Schuljahr 2014/2015	Schuljahr 2015/2016
Sporthalle Bad Wilhelmshöhe	8	6
Gymnastikraum Wilhelmsgymnasium	4	12
Turnhalle Wilhelmsgymnasium	14	10

Freie Schule Kassel (privat):

Halle	Schuljahr 2014/2015
Sporthalle Bad Wilhelmshöhe	2
Gymnastikraum Wilhelmsgymnasium	2

...

Die Zahlen für das Schuljahr 2015/2016 resultieren aus der voraussichtlichen Belegung.

Der Schulbelegungsplan 2015/2016 wird zurzeit im Sportamt erstellt. Aus diesem Grund stehen die Belegungszeiten für die Freie Schule Kassel noch nicht fest.

Darüber hinaus haben die Schulen noch die Möglichkeit, Änderungswünsche bis zum 10. September 2015 zu äußern. Daher kann es noch zu Verschiebungen kommen.

3. Welche Vereine oder Schule konnten noch nicht in anderen Turnhalle untergebracht werden?

Die Schulen konnten alle in anderen Sport- und Turnhallen untergebracht werden.

Bis auf die unter 1. genannten Fußballvereine, die nur im Winterhalbjahr in der Sporthalle Marbachshöhe untergebracht waren, wurden für alle anderen Lösungen gefunden.

Ob ab dem 2. November 2015 (Beginn des Winterbelegungsplanes) für diese eine Lösung gefunden werden kann, steht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest.

Der neue Winterbelegungsplan wird nach Antragstellung der Trainingszeiten durch die Vereine im September und Oktober 2015 durch das Sportamt erstellt.

Freundliche Grüße

Dr. Andrea Fröhlich